

Redaktion und Verwaltung: Prag II., ... Telegramm-Adresse: Sozialdemokrat, Prag II., ...

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen: Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post ... monatlich . . . Kč 16.—

Ein „Hochverrats“-Prozess.

Das Pilsner Schwurgericht hat vorgestern über fünf junge Leute aus Plan abzuurteilen gehabt und es hat auch nicht verfehlt, über sie das verhängnisvolle „Schuldig“ zu sprechen. Die fünf jungen Männer, von denen der jüngste 19 Jahre, der älteste 24 Jahre alt ist, waren gleich folgender Verbrechen, Vergehen und Uebertretungen angeklagt: des Verbrechens der öffentlichen Gewalttätigkeit nach § 87 Str. G., der Vergehen der Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung, der böshaften Beschädigung fremden Eigentums, gegen die körperliche Sicherheit, schließlich der Uebertretung des § 4 des Vereinsgesetzes und des § 23 des Pressegesetzes. Die Krönung der Anklage bildete aber die Beschuldigung des Verbrechens des Hochverrats nach § 61 des Str. Ges. Die Angeklagten waren ein Gymnasiast, ein Handlungsgehilfe, zwei landwirtschaftliche Hilfsarbeiter und ein Glasergeselle, sämtliche deutscher Nationalität. Und nun höre man, was ihnen zur Last gelegt war: Sie waren beschuldigt, in der Nacht zum 6. August des Vorjahres einige — Postkästen und Pflastersteine — schwarz-rot-gold übermalt und an einigen öffentlichen Orten die Druckschrift „Freiheitslied der Sudetendeutschen“ angeklebt zu haben. Nach der Verhaftung der eruierten Täter wurden bei ihnen Hausdurchsuchungen vorgenommen, wobei bei dreien der Angeklagten je ein Exemplar von Satzungen irgend eines — übrigens gar nicht bestehenden — „Groß-Deutschland-Bundes“ zutage gefördert wurde. Einer der Angeklagten war beschuldigt, am 17. September v. J. in ein Gasthaus, wo gerade eine tschechische Unterhaltung stattfand, drei Stinkbomben geworfen zu haben. Schließlich legte die Anklage allen zur Last, sie hätten im Mai 1921 eine Tischgesellschaft „Deutsche Jungmänner Körner“ gegründet. Als ein Jahr später die Tischgesellschaft um die behördliche Bewilligung zur Umwandlung dieser Tischgesellschaft in einen Verein angesucht hat und die Behörde die Bewilligung verweigerte, setzte die Tischgesellschaft ihre Tätigkeit fort, worin die Anklage eine Uebertretung des Vereinsgesetzes erblickte. Die Geschworenen fanden die Angeklagten sämtlicher Delikte schuldig, worauf das Gericht drei der Angeklagten zu schweren Kerkerstrafen in der Dauer von 14 bis 16 Monaten unbedingte, zwei zu je sieben Monaten schweren Kerkers auf drei Jahre bedingt verurteilte.

Der Prozess hat eine juristische Seite und eine politische Seite. So hat das Urteil so bestärkend gewirkt, daß wegen dieser „Taten“ drei junge unreife Menschen auf mehr als ein Jahr in Kerkersträflinge verwandelt werden, so scheint uns die politische Seite des Prozesses doch die bedeutendere. Was den juristischen Inhalt der Anklage betrifft, so erweist Bedenken, daß in keiner Weise festgestellt wurde, daß die Angeklagten Mitsticker des, wie behauptet, hochverräterischen „Groß-Deutschland-Bundes“ waren, ja, es lag auch gar kein Beweis vor, daß der Bund überhaupt existierte. Das ganze, was in der Anklage als erwiesen erklärt wurde, ist, daß eben die — Satzung eines solchen „Bundes“ im Besitze einiger der Angeklagten vorgefunden wurden, welche behaupteten, sie unmittelbar nach dem Umsturz, also vor vier Jahren erhalten zu haben. Tatsache ist, daß eben nur die Satzungen eines „Bundes“ gefunden wurden, von dem nicht feststeht, ob und wann er bestanden hat. Nun jagt der § 61 des Str. G., nach dem die Verurteilung erfolgt, daß sich „auch derjenige des Hochverrates mitschuldig macht, der eine hochverräterische Unternehmung oder eine Person, von welcher ihm eine solche Unternehmung bekannt ist, der Behörde anzuzeigen vorjählich unterläßt.“ Aus den erbrachten Beweisen scheint uns aber nicht hervorzugehen, daß die Angeklagten, die sich dahin verantworteten, die Satzungen nicht gelesen zu haben, „vorjählich“ die Anzeige von einem „hochverräterischen Unter-

Blutige Arbeiterdemonstrationen in Budapest.

Die größte Demonstration seit Beginn des Horthy-Regimes. — „Hoch die Revolution!“ — Mehrere Schwerverletzte.

Wien, 22. März. (Eigenbericht.) In Budapest hat heute eine riesige Arbeiterdemonstration stattgefunden, wobei es zu blutigen Zusammenstößen mit der Polizei kam. Der Verband der Metallarbeiter hielt nämlich heute vormittags sechs Versammlungen ab, in denen über die Aussperrung berichtet wurde. Die Versammlungen waren riesig besucht. Nach der Versammlung im Heim der Metallarbeiter zogen die Teilnehmer gegen die innere Stadt. Es war ein riesiger Zug, der sich unterwegs noch immer durch den Anschluß von anderen Arbeitern vergrößerte. Seitdem das weiße Regime herrscht, hat es eine so große Demonstration in Budapest nicht gegeben. Die Polizei konnte sich zunächst nicht aus und ließ die Massen weiterziehen, die auf dem Wege immer „Hoch die Revolution!“ riefen. „Hoch Sarami!“, „Hoch Boland!“ und andere Rufe wurden laut. Die Arbeiter sangen die Marschallise. An der Ecke der Tökölystraße und der Arénastraße wurden die Demonstranten aber durch ein starkes Polizeiausgebot angehalten. Sie leisteten dem Befehl, sich zu zerstreuen, nicht Folge, sondern zogen unter fortwährenden Rufen weiter. Die Polizei zog nun die Säbel. Ein junger Arbeiter wurde verhaftet, weil er, wie die Polizei sagt, ein Hoch auf die Proletariatsdiktatur ausgestoßen hatte. In der Rakozistraße wurde die Menge nochmals angehalten, sie zog aber wieder weiter. In der Nähe der Redaktion der „Nepzava“ — und zwar an derselben Stelle, wo während der Oktoberrevolution ebenfalls ein blutiger Zusammenstoß zwischen Arbeitern und Polizei stattfand — gingen die Polizisten zu Pferde und zu Fuß mit der blanken Waffe gegen die Arbeiter los. Mehrere Arbeiter wurden schwer verletzt ins Spital gebracht. Ein anderer Teil der Demonstranten wurde in der Andrássystraße von der Polizei angehalten und auch hier kam es zu blutigen Zusammenstößen, wobei zwei Arbeiter schwer verletzt wurden. Außerdem wurden viele Verhaftungen vorgenommen. Sonst aber kam es noch an sechs verschiedenen Stellen der Stadt zu blutigen Zusammenstößen, wobei die Polizei immer schonungslos gegen die Arbeiter vorging.

Die sozialdemokratischen Abgeordneten beschloßen sofort nach der Demonstration, sich zum Minister des Innern zu begeben, um von ihm Gemütlung zu fordern. Sie erklärten, daß die Partei nicht dulden werde, daß die Regierung die „Erwachenden“ beschwichtigt, indem sie die Polizei gegen die Arbeiter losläßt. Der Ministerpräsident Graf Bethlen begab sich nachmittags nach Gödöllő, wo er eine Audienz bei dem Reichsverweser Horthy hatte.

Einigung über die bulgarischen Reparationen.

Sofia, 22. März. (AP.) Nach langen Verhandlungen zwischen dem Ministerpräsidenten Stamboliski und den Führern der interalliierten Kommission wurde ein Einvernehmen über die von Bulgarien zu zahlenden Reparationen erzielt. Aufgrund dieses Uebereinkommens veröffentlicht die Regierung im Sinne des Art. 47 der bulgarischen Verfassung eine Verordnung, derzufolge die Zollkürnisse gemäß dem von der interalliierten Kommission und Bulgarien ausgearbeiteten Vorschläge, im Einvernehmen mit der bulgarischen Regierung als Garantie für die Reparationen dienen können. Die Bedingungen dieser Vereinbarung werden später veröffentlicht werden. Sie sind jedoch als für Bulgarien günstig zu bezeichnen, da sie mit der gegenwärtigen wirtschaftlichen und finanziellen Situation des Landes rechnen und außerdem die neuerliche wirtschaftliche Entwicklung dieses Staates, die lange Zeit hindurch bedroht war, ermöglichen.

nehmen“ unterließen, denn für diesen „Vorfall“ müßte doch wohl der Nachweis der Kenntnis des Inhaltes der besagten Satzungen — und nicht ihr bloßer Besitz — und der Nachweis, daß es ein solches „hochverräterisches Unternehmen“ überhaupt gab, erbracht sein. Aber nicht diese Schuldverwägungen sind es, vielmehr Betrachtungen anderer Art, zu denen dieser „Hochverrats“-Prozess hauptsächlich anregt. Eben jetzt, da die beiden Häuser des Parlamentes das Gesetz zum Schutze der Republik beschlossen haben, zeigt der Prozess, daß es dieses Schutzgesetzes wahrhaftig gar nicht bedurft hat, und daß auch die alten österreichischen Gesetze mehr als hinreichen, um alle wirklichen und vermeintlichen „Hochverräter“ in den Kerker zu schicken. Die Anklage hat die jungen Leute des Hochverrates bezichtigt und in den tschechischen Blättern, die nun einmal ihre Freude daran empfinden, den „deutschen Hochverrat“ an die Wand zu malen, machte sich schon vor dem Prozesse eine gewaltige Entrüstung über diesen angebliehen Beweis des Vorhandenseins einer „deutschen Irredenta“ kund. Das zweifelhafte Vergnügen der ewigen Hochverratsriederei soll dieser Presse nicht gestört werden, aber jeder Tag erbringt den Be-

Die rumänische Verfassung angenommen.

Bukarest, 21. März. In der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses wurde, wie bereits gemeldet, der neue Verfassungsentwurf in erster Lesung angenommen. Die Opposition enthielt sich der Abstimmung. Im Namen der koalitierten Opposition protestierte der transylvanische Wojwode Bajda gegen die Annahme und bestritt der jetzigen gesetzgebenden Körperschaft die Kompetenz zur Durchführung der Gesetzgebung. Aus der gestrigen Sitzung wurden weitere 6 oppositionelle Abgeordnete wegen neuer Austritte im Parlament ausgeschlossen. Der gestrige Tag ist bis auf eine Stunde im Nationalklub ruhig verlaufen. Militärwachen durchzogen die Hauptstraßen und versicherten die Anstalten. Die oppositionellen Führer hatten heute eine Beratung über eine weitere Aktion der Regierung ab. Die Situation bleibt weiterhin ernst.

weis, daß auch die Behörden von der Angst über „hochverräterische Umtriebe“ in der deutschen Bevölkerung des tschechoslowakischen Staates infiziert sind und es entsteht daher die Verlockung, zu fragen, wo denn eigentlich diese „Irredenta“ zu finden ist. Soll man etwa ernstlich diesen Prozess als Beweis ihrer Existenz ansehen? Für jene, die ihre Zufriedenheit darin finden, sich täglich die Kehle über die „deutschen Hochverräter“ heiser zu schreien, mag das genügen, doch ernste und ihrer Verantwortung bewußte Menschen werden in dem Kreise der fünf jungen Menschen höchstens den Ausschlag ihrer Unreife, werden darin schlimmstensfalls den Beweis ihrer kindischen Konfusion und verstickenen politischen Romantik erblicken können. Die „Taten“ der jungen Leute mögen ihre Ungezogenheit, Verworfenheit und ihren Uebermut, der sich „politisch“ auslebte, erweisen, sie ernst zu nehmen. Blicke den Behörden des tschechoslowakischen Staates vorbehalten, dessen Lenker allerdings aus sehr durchsichtigen Gründen ein starkes Bedürfnis nach Aufdeckung von „Hochverrats“-Affären haben. Sie, die „Hochverräter“ von gestern, die wie der Fall des früheren Tokioer Gesandten Pergler beweist, auch heute noch die Teilnahme an diesem Hochverrat als Grund für ein

„wohlwollendes Entgegenkommen“ der staatlichen Behörden an sie ansehen, selbst dann, wenn es sich um so dunkle Ehrenmänner wie Pergler handelt, sie können die anderen jetzt nicht oft genug als Hochverräter brandmarken und dazu erscheinen ihnen auch die Ausgelassenheiten einiger unüberlegter Burtschen, wie es die Pilsner Verurteilten sind, gerade gut genug. In keinem anderen Lande wäre nach unserer Einschätzung — etwa mit Ausnahme Horthy-Ungarns — es möglich, daß die Justizverwaltung es zuließe, daß ein solcher Prozess wie der Pilsner vor sich gehe. In Deutschland würde man sich damit begnügen, die Burtschen wegen „groben Unfugs“ zu bestrafen, bei uns dagegen macht man aus dem Besitz von Satzungen eines nicht existierenden „Bundes“, aus dem bühischen Beschwören einiger Postkästen, aus dem Ankleben eines dummen deutschnationalen Liedes und aus drei Stinkbomben bei einer Unterhaltung eine hochnotpeinliche Schwurgerichtsverhandlung wegen des Verbrechens des Hochverrates, öffentlicher Gewalttätigkeit und böshaften Beschädigung fremden Eigentums. Und eine verantwortungslose Presse ermangelt nicht, diesen Prozess durch Verallgemeinerung zur neuerlichen Vergiftung des Verhältnisses zwischen der deutschen und tschechischen Bevölkerung auszu-schroteten und aufzubauschen. In der Atmosphäre, in der wir hier leben, würde es uns nicht wundern, wenn die tschechisch-nationale Presse über uns herfiel, daß wir, indem wir diesen Gedanken Ausdruck geben, „den Hochverrat verteidigen“, und daß der Staatsanwalt darin einen „Angriff auf die Justiz“ und was weiß Gott sonst noch, erblickte. Man mißversteht hierzulande gerne und viel und jedes Wort der Mahnung zur ruhigen Erwägung und zur Vernunft sucht man in eine Verteidigung „staatsfeindlicher Bestrebungen“ umzufälschen. Haben wir es wirklich nötig, ausdrücklich zu beteuern, daß es uns bei der Warnung vor der Wiederholung solcher Prozesse nicht um die „Guttheilung“ und Verteidigung der „Taten“ der Angeklagten zu tun ist, sondern daß uns dabei nur die ernste Besorgnis vor den politischen und nationalen Folgen solcher Anti-„Hochverrats“-Aktionen leitet?

Das Schicksal der Pilsner Verurteilten ist gewiß bedauerndwert — wobei sie noch von Glück reden können, daß sie nicht schon nach dem neuen Schutzgesetz abgeurteilt wurden, denn sonst hätten sie für ihre übermütigen Tummelheiten statt 14 bis 16 Monaten ebensoviele Jahre schweren Kerkers zugemessen erhalten — aber das weit Entscheidendere scheint uns die Wirkung solcher Prozesse und aller sie begleitenden Umstände auf das politische und nationale Leben im Staate zu sein. Wenn die Staatsverwaltung der Meinung ist, daß es sich um die individuellen „Taten“ einiger unbefonnener junger Leute handelt — hält sie es dann für klug und gerecht, auf sie das Schwert der Justiz in seiner ganzen Schwere niederzulassen zu lassen? Oder hält sie dafür, daß es sich hier um eine symptomatische Erscheinung handelt, welche das Vorhandensein hochverräterischer Bestrebungen im deutschen Volk andeutet? Meint sie dann, daß in diesem Falle die Artägierung solcher Hochverrats-Prozesse das geeignete Mittel darstellt, um solche Bestrebungen in Zukunft zu verhindern? Waren Aburteilungen von „Hochverrättern“ nicht zu allen Zeiten nur ein Beweis der Schwäche und Unfähigkeit der Herrschenden, solcher Gegenströmungen anders als durch Einfrierungen Herr zu werden? Und meinen unsere Staatslenker nicht, daß ihnen die Pflicht erwüchse, an die Stelle des Kerkers ein anderes Band zur Festigung der Beziehungen der den Staat bewohnenden Nationen treten zu lassen? Wir fürchten, daß unsere Fragen ohne Antwort bleiben werden und daß eine tollpatschige überarme Staatskunst nach wie vor die Ausübung der Polizei- und Staatsgewalt als das Um und Auf ihres Könnens erweisen wird. Dem Worte, daß die Götter den mit Blindheit schlagen, den sie verderben wollen, sucht hierzulande eine impotente Staatskunst aktuelle Bedeutung zu geben.

# Inland.

## Das neue Mieterschutzgesetz.

Gestern beriet der Ministerrat über das neue Mieterschutzgesetz und genehmigte den von der Mieterschuppelta vorgelegten Entwurf. Bereits vor einigen Wochen hat unter den koalitierten Parteien die Beratung des neuen Entwurfes begonnen. Zunächst fand eine Enquete im Ministerium für soziale Fürsorge statt, an der die Vertreter der Mieter, der Hausherren und der Handels- und Gewerbetreibenden teilnahmen. Dieser Enquete wurden die Feinheiten von uns veröffentlichten Fragen vorgelegt. Bekanntlich war das Ergebnis dieser Beratung völlig resultatlos. Die Hausherren forderten eine Erhöhung der Miete um 300 Prozent und bezeichneten als ihre Endforderung die Aufhebung des Mietenschutzes überhaupt. Nach der Enquete setzten die koalitierten Parteien eine Kommission ein, die sich mit dem Mieterschutzgesetz befaßte. Das Ergebnis der Beratungen dieser Mieterschuppelta wurde nun dem Ministerrat vorgelegt und von diesem genehmigt.

Das neue Gesetz — so meldet das „Tages Echo“ — umfaßt einige Änderungen, z. B. im § 1 der Bestimmungen über die Kündigung. So kann der Mieter gekündigt werden, wenn er wegen einer schweren Straftat verurteilt wurde; wenn er wegen eines Verbrechens aus dem Gebiete der Republik ausgewiesen ist; wenn der Mieter oder ein Mitglied seines Haushaltes eine andere hinreichende Wohnung in der Gemeinde hat und diese Wohnung für seinen Beruf nicht bedarf; wenn der Mieter die Wohnung zu einem anderen Zweck als zum Wohnen ohne gesetzliche Bewilligung benutzt und schließlich, wenn der Mieter bei der Vermögenszuwachssteuer ein Vermögen von mindestens 1.500.000 Kronen einbringt hat. Die Kündigung kann ferner auch überreicht werden, wenn die Gewerbeberechtigung des Mieters zu bestehen aufhört.

Im § 7 des Gesetzes wird der Absatz 1 so geändert, daß die Bestimmungen über die Kündigung sich auch auf Pachtverträge über die Durchführung des Gewerbes in gemieteten Lokalen beziehen, ausgenommen die Pachtverträge, in denen der Pachtzins in Gemeinden bis zu 10.000 Einwohnern 5000 Kronen und in größeren Gemeinden 20.000 Kronen beträgt. Die Mietzinsbestimmungen werden nicht geändert. Im § 12 werden die Auslagen des Hausherrn aufgeführt, die der Hausherr auf die Mieter überwälzen kann. Es sind dies Auslagen für Stiegebeleuchtung, für Wasser, für Gas- und elektrische Kraftmesser, für Reinigung der Rauchfänge, weiter für Abfuhrabfuhr usw.

Sehr wichtig ist die Bestimmung über die Erhöhung des Mietzinses für den Fall einer außergewöhnlichen notwendigen größeren Reparatur des Hauses. Nach den neuen Bestimmungen des Gesetzes ist die Erhöhung nur für die Zeit zulässig, die für die Verzinsung der entstandenen Auslagen in einer bestimmten Frist nötig ist, nach welcher wahrscheinlich notwendig sein wird, die gleiche Aenderung wieder durchzuführen. (Bisher haben die Hausherrn zum Beispiel ein neues Dach oder eine Hofanlage innerhalb vier bis fünf Jahren bezahlt haben wollen, während diese zehn bis fünfzehn Jahre aushalten.)

Die anderen Aenderungen sind weniger bedeutend. Im Zusammenhang mit dem Mieterschutzgesetz wurde auch die Gesetzesvorlage über die Sicherstellung frei gewordener Wohnungen beraten, die von den Hausherrn aus Spekulationsgründen nicht vermietet werden, wie auch das Gesetz über die Baupflicht.

Die Sorgen eines tschechisch-sozialdemokratischen Viehbürgermeisters von Groß-Prag. Das Sekretariat des ersten Kreises der kommunistischen Partei erhielt folgendes Schreiben: „Das Präsidium der Zentralverwaltungs-kommission der Hauptstadt Prag fordert Sie auf, die Anzeige über die beabsichtigte Abhaltung eines Volksmeetings am Wenzelsplatz am 1. Mai 1923 durch die Mitteilung zu ergänzen, ob das Meeting so veranstaltet wird, daß der Verkehr der elektrischen Bahnen und der übrigen Frequenz am Wenzelsplatz nicht gestört werden. Der Vorsitzende: Ferdinand Kellner.“ — Bekanntlich ist der Verkehr der elektrischen Straßenbahnen schon seit Jahren am 1. Mai in Prag immer eingestellt und es berührt äußerst merkwürdig, daß ein tschechischer Sozialdemokrat keine andere Sorge hat, als die Aufrechterhaltung des Verkehrs der Straßenbahn am 1. Mai, dem Weltfeiertage des Proletariats.

Ein tschechisches sozialdemokratisches Blatt, das von der tschechischen Demokratie nicht begeistert ist die Pilsner „Nova Doba“. Sie berichtet darüber, daß der Bezirksschulsausschuß in Klattau die Ueberlassung der Turnhalle für einen Vortrag an den Straßower Arbeiterturnverein abgelehnt hat, obwohl diese Turnhalle dem bürgerlichen Sokol ohne weiteres zur Verfügung gestellt wird, wenn immer dieser will. Das Blatt sagt: „Haben wir eine tatsächliche Demokratie oder sieht diese bloß auf dem Papier? Solche Verordnungen haben sich nicht einmal die I. österreichischen Minister in den schwersten Zeiten der Perserkriegs zu verwenden gewagt. Hier aber spricht man von einem Verein, dessen Mitglieder um die Tschechoslowakische Republik unerschütterlich mehr Verdienste haben als jene Herren, die in dem Straßower Ortsschulrat sitzen, so wie einst die hohe Obrigkeit mit Klava n sprach. Die Wiener Deutschen haben den tschechischen Kindern und den tschechischen Vereinen nichts Gutes getan, aber solche geistlose und unhöfliche Zuschriften wegen sie nicht zu ver-

# Eine Verschwörung gegen die deutsche Republik.

Berlin, 22. März. (Eigenbericht.) Zwischen dem Reichswehrminister und dem preussischen Minister des Innern war vereinbart worden, daß nach dem 31. März gegen die Selbstschutzorganisationen in schärfster Weise vorgegangen werden sollte. Dadurch fühlten sich abenteuerverdächtige Elemente, die in diesen Organisationen tätig sind, in ihrer Existenz bedroht und leiteten eine große Bewegung gegen die Auflösung der Verbände ein. Durch Versammlungen in Breslau und Kottbus ist es gelungen, das gefährliche Komplott aufzudecken. Wenn es geglückt wäre, so stünde Deutschland wieder am Rande eines Bürgerkrieges, der nach dem 31. März losbrechen sollte. Mit dem Putschisten stehen die deutschnationale Freispartei und die Münchener Nationalsozialisten

## Gerüchte über Verhandlungen.

Berlin, 22. März. (Eigenbericht.) Die Pariser Blätter behaupten immer wieder, daß inoffizielle Verhandlungen bereits im Gange seien. So soll der Staatssekretär Bergmann dieser Tage dem Präsidenten der Schweizer Nationalbank Dubois Mitteilungen über einen Reparationsplan gemacht haben. Dubois sei sofort nach Paris gereist und habe Poincare Bericht erstattet. In Berlin wird berichtet, daß die Besprechung Bergmanns mit Dubois sich lediglich auf Fragen des Versicherungswesens und der Markstabilisierung erstreckte. (Die Nachricht wird sowohl von Bern als auch von Paris aus dementiert. D. Red.)

## Die neue tschechische Regierung.

Dresden, 21. März. Der tschechische Landtag wähle heute mit 49 sozialistischen und kommunistischen Stimmen von insgesamt 95 Stimmen den bisherigen Justizminister Dr. Zeigner zum Ministerpräsidenten, welcher auch die Wahl annahm. Das neue Kabinett wird sich vom früheren dadurch unterscheiden, daß das Innenministerium mit dem Abgeordneten Lieb, das Justizministerium mit dem Landesgerichtspräsidenten Neu und das Arbeitsministerium mit dem Abgeordneten Graupe besetzt werden wird. Das ganze Kabinett besteht aus Sozialisten.

## Kommunisten als Versammlungstörer.

Berlin, 22. März. (Tsch. B.) Die sozialdemokratische Partei Groß-Berlin veranstaltete gesend. Sie haben ihnen die Turnhallen in den Schulen nicht vorhalten, in Wien über die Mitglieder der tschechischen Arbeiterturnvereine in den Turnhallen der deutschen Wiener Schulen. Dafür, daß die tschechisch-sozialdemokratischen Arbeiter-Turnvereine gut „patriotisch“ wirken, werden sie nun von den staatlichen Behörden aus den Schulen herausgeworfen. Das ist der Dank der Bourgeoisie an die tschechischen Sozialdemokraten für deren treue Erfolgsgeschäft!

## Uebergriff der politischen Bezirksverwaltung.

Poderjam in der Sprachenfrage. Mit einem Bescheide vom 9. März, hat die politische Bezirksverwaltung in Porderjam über eine Beschwerde des Gemeindevorstandes in Röscha entschieden, daß die Bezirksverwaltungs-kommission Jednich verpflichtet sei, die in tschechischer Sprache verfaßten Eingaben des Gemeindevorstandes Röscha in tschechischer Sprache, bzw. tschechisch-deutsch zu erledigen. Selbstverständlich ist die politische Bezirksverwaltung sachlich nicht zuständig, über Beschwerden gegen Beschlüsse der Bezirksvertretung oder des Bezirksauschusses zu entscheiden, da hiezu einzig und allein die politische Landesverwaltung berufen ist. Die Behauptung, daß die Bezirksverwaltungs-kommission die tschechischen Eingaben in tschechischer Sprache oder tschechisch-deutsch erledigen müsse, ist gesetzlich in keiner Weise begründet. Bekanntlich hat das Sprachengesetz die Regelung des Sprachengebrauches der autonomen Behörden der Verordnungsgewalt überlassen, die aber bisher die wiederholt angeforderte Sprachverordnung nicht erlassen hat. Selbstverständlich ist die politische Bezirksverwaltung Porderjam nicht berufen, diese Lücke durch ihre Entscheidungen auszufüllen. Vielmehr liegt ein grober Verstoß der politischen Bezirksverwaltung Porderjam gegen das Sprachengesetz und, da dieses einen Bestandteil der Verfassungs-urkunde bildet, auch gegen die Verfassung selbst vor.

## Zimmer wieder Hochverratsaffären.

Die tschechoslowakischen Behörden haben in der Slowakei mit den Spionen ein eigenes Pech. Denn gewöhnlich stellt es sich später heraus, daß der gut bezahlte Spion eigentlich für Ungarn arbeitet und sich von den Behörden in der Slowakei nur anwerben ließ, um besser arbeiten zu können. In Erinnerung wird noch der Fall des auch im Baeranzprozess genannten Lombardini sein, der als Gendarmereikommandant in Komorn für Ungarn Spionagedienste betrieb. Jetzt wird in Preßburg eine neue Spionageaffäre zu verurteilen gesucht. Dort wurden dieser Tage — wie die „Lidobe Roobing“ berichten — wegen Hochverrats und Auspländung die Brüder Horvath, ein Typograph und Elektrotechniker, ferner der Typograph L. Horvath, der Privatbeamte Pel, der Feldwebel Eugen Milden-

auer, Inhaber eines Informationsbureaus in Neutra und die Geliebte des Eugen Mildenauer, Margit Rath, ebenfalls aus Neutra, verhaftet. Es wurde festgestellt, daß Eugen Mildenauer für Ungarn Spionagedienste geleistet hat, wobei ihm die übrigen halfen. Einige von ihnen, namentlich die Brüder Horvath, verbreiteten hochverräterische Broschüren. Eugen Mildenauer, der nach den „Lidobe Roobing“ früher in Ungarn wütender Kommunist und später unter dem weissen Terror als Propagandist tätig war, war in Preßburg bekannt dadurch, daß er das Geld mit vollen Händen vergebete. Wie verlautet, hat Mildenauer auch seine Stellung beim Landeskommando mißbraucht und wichtige Personal-dokumente für andere magyarische Spione verschafft.

## Neuer Einheitsfront-Aufruf der Kommunisten.

Berlin, 22. März. (Tsch. B.) Die internationale kommunistische Konferenz in Frankfurt a. M. erläßt einen von der „Roten Fahne“ mitgeteilten Aufruf zur Bildung einer internationalen Proletariatsfront „zu dem Zwecke, die drohende Kriegsgefahr niederzuschlagen, die Räumung des Ruhrgebietes sowie allen besetzten deutschen Gebieten durch die imperialistischen Räuber zu erzwingen, den Versailler Raubvertrag zu liquidieren und den verschärften Angriff des Kapitals auf die Existenz der Arbeiter siegreich abzuschlagen.“ Es wird zur Bildung einer internationalen Kontrollausschusses sowie zur Durchführung einer internationalen Propagandawoche vom 15. bis 22. April aufgefodert.

## Bergler gegen Bened.

Der gewesene tschechische Gesandte in Tokio Bergler, der durch die bekannte Interpellationsantwortung des Ministers Dr. Bened schwer kompromittiert wurde, wird als Antwort auf die Beschuldigungen Bened eine mit Dokumenten belegte Broschüre veröffentlicht.

## Die Gruppe der ausgeschlossenen tschechisch-sozialistischen Abgeordneten kündigt einen entschiedenen Kampf gegen die Parteileitung an.

Sie fordert die Organisationen, in denen sie die Mehrheit hinter sich hat, auf, jede weitere Verbindung mit dem Vollzugs-ausschuß der Partei zu lösen und ihren Namen in „unabhängige tschechisch-sozialistische Organisation“ zu ändern. Wo es keine Organisationen der Partei gibt, oder wo die Anhänger Dr. Urbensky in der Minderheit sind, sollen vorbereitende Ausschüsse errichtet werden.

## Abgeordneter Brabec verlangt Regierungshilfe.

Der Organisator der Opposition in der slowakischen Volkspartei, Abgeordneter Brabec, fand sich gestern beim Stellvertreter des Ministerpräsidenten Malpetr ein, um sich darüber zu beschweren, daß sein Kampf gegen die slowakische Autonomiebewegung nicht genügend Verständnis bei einigen Regierungsstellen findet. Er erklärte, daß, wenn nicht Abhilfe geschaffen und ihm nicht ermöglicht werde, durch eine Tat die Vorteile der tschechoslowakischen Einheit zu beweisen, er sich des Mandates entledigen und aus dem politischen Leben ausscheiden würde. Der Herr Abgeordnete Brabec scheint sich die Aufgaben der Regierung, die doch sicher nicht darin bestehen, einer politischen Gruppe zu helfen, auch um eine „staatsbildende“ handelt — auf die Beine zu helfen, sehr merkwürdig vorzustellen. Im übrigen charakterisiert diese Vorgesprache eher deutlich die Meldungen der „Prager Presse“, die bereits einigemal die Hlinkapartei als von Brabec gespalten bezeichnet und endgültig verloren sagte.

# Telegramme.

## Cuno in München.

„Unbeugsames Rein.“

München, 22. März. (Wolff.) Beim Empfang im alten Rathaus hielt Reichskanzler Cuno eine Rede, in der er u. a. erklärte: Zu dem Unrecht im Versailler Vertrage ist das Unrecht gegen den Vertrag gekommen. Es tritt immer klarer hervor, daß es sich für Frankreich nicht um die Frage der Leistungsfähigkeit, sondern um ganz andere Ziele handelt, die weit über den Versailler Vertrag hinausgehen. Wir wollen unseren Staat erhalten, unsere Freiheit erringen. Bei ehrlidem Willen wäre eine Verständigung möglich. Bis zur Grenze der Möglichkeit zu gehen, war Deutschland immer bereit. Wir müssen aber solche Forderungen ablehnen, die über unsere Kräfte gehen. Jede Diskussion über die Beendigung des gegenwärtigen Konfliktes muß von der vorbehaltenen Raumung des Einbruchgebietes ausgehen. Solange das Regime der Gewalt und der Rechtslosigkeit nicht endgültig aufgehoben ist, ist ein Regime der vertragsmäßigen Erfüllung undenkbar. Deshalb könne er auch in dem Brüsseler Komunique keinen Fortschritt erblicken und könne insbesondere nicht verstehen, wie die Verlautbarung ein Zeugnis dafür sein könnte, daß Frankreich sich von dem Gedanken der Annexionen abgewendet hätte. Vielmehr seien in den letzten Tagen Auslegungen der nicht näher bekannten Brüsseler Beschlüsse benutzt worden, die einen völligen Umsturz des Versailler Vertrages bedeuten würden. Solchen Plänen gegenüber gibt es nur ein unbeugsames Rein, an dem das Bestehen von den angeblichen deutschen Vermittlungsbitten und Verhandlungsbüchern nichts ändert. Rein Wort ist wahr daran, die Reichsregierung hat nie mals um Vermittlung gebeten, dagegen manche Führer empfangen. Wie sind allem nachgegangen, aber immer waren die Vermittler schlecht legitimiert oder die Vorkläre ein Aktentat auf Ehre und Vernunft. Bei aller Bereitwilligkeit zu einer Verständigung konnten wir uns auf derartige Führer nicht einstellen.

## Das Rüstungsheer in England beginnt.

London, 21. März. (Tsch. B.) Im Unterhaus betrieb Lord Birkenhead auf das starke Mißverhältnis zwischen den Flottenstreitkräften Großbritanniens und Frankreichs. Er sagte, Großbritannien habe sowohl zu Lande als auch zur See ein großes Risiko durch die Einschränkung seiner Rüstungen auf sich genommen. Was die Luftflotte betrifft, so habe es 371 Flugzeuge, Frankreich dagegen 1260 und im Jahre 1925 würden die entsprechenden Zahlen 575, bzw. 2180 betragen. Im Namen der Regierung verlies der Herzog von Sutherland darauf, Lord Birkenhead sei Mitglied des Ausschusses gewesen, der im Jahre 1919 den Grundriss aufgestellt hat, daß mit Rücksicht auf die allgemeine europäische Lage während der nächsten zehn Jahre keine größeren Kriege zu erwarten seien. Wenn das britische Kabinett zur Ansicht gelangen sollte, daß dieser Grundriss heute nicht mehr richtig sei, wenn der Reichsverteidigungsausschuß, der jetzt die ganze Frage nachprüfe, dieselbe Ansicht vertritt, und wenn die Lage eine größere Luftstreitmacht erfordere, dann sei es durchaus möglich, daß eine stärkere Luftmacht aufgestellt werde.

## Keine Fusion der Gewerkschaften in Frankreich.

Paris, 21. März. (Tsch. B. B.) Der Landesausschuß der gemäßigten Gewerkschaftsverbände hat gestern nachmittags nach einer Debatte über die Wiederherstellung der Einheit mit der kommunistischen Gewerkschaft eine Resolution angenommen, in der er sich auf die Beschlüsse des letzten Pariser Landeskongresses beruft und ein weiteres Entgegenkommen gegenüber den Kommunisten ablehnt. Die Resolution erhielt 73 Stimmen, eine Gegenresolution, welche die Einstellung der persönlichen Angriffe zwischen den Anhängern der beiden Richtungen forderte, nur 17 Stimmen.

## Eine russische Barrikadenodie.

Moskau, 22. März. (NR.) Auf dem gestern geschlossenen allrussischen Kongreß der Anhänger der sozialrevolutionären Partei wurde eine Resolution angenommen, in welcher erklärt wird, daß die Partei sich endgültig auflöst und daß die ehemaligen Führer der Partei, zum größten Teile Emigranten und Negativen, nicht das Recht haben, im Namen der nicht mehr bestehenden Partei noch auch im Namen irgend einer sozialistischen Gruppe vorzugehen. Die Resolution wendet sich an die ehemaligen aufrichtigen Anhänger der Partei und fordert sie auf, in die russische kommunistische Partei einzutreten. Die Kongreßdelegierten hörten in der Schlußsitzung mit Begeisterung die Reden Bucharins und Radeks an, welche den Beschluß des Kongresses begründeten und die Teilnehmer versicherten, daß alle aufrichtigen Revolutionäre in der kommunistischen Partei herzlich werden aufgenommen werden. (Die paar „sozialrevolutionären“ Statisten, die Bucharin und Radek, die Würger der sozialrevolutionären Führer, „mit Begeisterung anhördten“, sagen natürlich über die Stimmung der Bevölkerung weniger als nichts aus. Wenn unter der Sowjetischen Antie den wirklich unabhängigen Emigranten das Recht abzuspochen wird, die Ideen der Sozialrevolutionäre zu ver-

fechten, so hat das „Beweiskraft“ nur für die Sowjetdiktatorien selber; die ausgewanderten Führer werden sich mit gutem Grund um die Komödie nicht kümmern. Was hätten Lenin und Trozki, als sie im Exil weilten, gesagt, wenn eine unter großfürstlichem Vorsteh tagende, „sozialistische“ Versammlung ihnen das Recht abgesprochen hätte, im Namen der russischen Sozialisten zu reden? Sie hätten nur mörderisch gelacht. Das werden vermutlich die „abgesetzten“ Führer der Sozialrevolutionäre auch tun. (D. R.)

Tokio, 21. März. In den Marinearsenalen von Tokio, Kyoto und Kure, wurden gestern in Folge der Herabminderung der Rüstungen zur See 7000 Arbeiter entlassen. Militär und Polizei wurden bereit gehalten, um Unruhen zu unterdrücken.

Um die nationale Freiheit der Ukrainer.

Wien, 22. März. (Eigenbericht.) Wie die „Ukrainische Korrespondenz“ meldet, fand Sonntag in Lemberg eine imposante Demonstration der Ukrainer gegen die Einverleibung Ostgaliziens in Polen statt. Der ehemalige österreichisch-ruthenische Abgeordnete Romanjuk verlas eine Eidesformel, die von den Demonstranten nachgesprochen wurde und nach der das ukrainische Volk schwört, niemals die Herrschaft Polens anzuerkennen und jede Gelegenheit auszunutzen, um das verhaßte Joch abzuschütteln und sich mit dem großen ukrainischen Volk zu vereinigen. Als die 20.000 Demonstranten in die Stadt zurückkehrten, wurden sie von der polnischen Polizei mit gezogenem Säbel in brutaler Weise angegriffen. Es kam zu Kämpfen, in deren Verlauf auch zehn Polizisten verwundet wurden.

Ausland.

Prügelien an der Budapestener Universität. Wien, 22. März. (Eigenbericht.) An den Budapestener Hochschulen kam es heute wieder zu Prügelien, wobei viele jüdische Studenten mit Gummisäbeln verletzt wurden.

Der Kampf der österreichischen Postler. Wien, 22. März. (Eigenbericht.) Heute nachmittags fanden Verhandlungen zwischen dem Aktionskomitee der Postler und der Regierung statt. Die Verhandlungen sind ergebnislos verlaufen. Es wird aber vielleicht morgen noch ein Versuch gemacht werden, sie neuerlich anzuknüpfen.

Kommunistische Vöbereien. Berlin, 22. März. (Eigenbericht.) Die sozialdemokratische Partei Groß-Berlins veranstaltete gestern abends unter den drei Stichworten „Stuererfragen, Fuhrbefehung und nationalistische Gefahr“ eine Reihe von Versammlungen. Einige dieser Versammlungen hatten unter kommunistischen Störungen zu leiden. In den Andreas-Festställen stürzten sich 50 bis 60 junge Leute auf den Referenten, Genossen Künstler, und drängten ihn unter Mißhandlungen von der Rednertribüne. Vorher war ein zehnjähriges Mädchen auf der Rednertribüne erschienen, um im Namen der Schuljugend einige eingedruckte Phrasen zu sprechen. Als ihr das Wort nicht erteilt wurde, erklärte sie, sie lasse sich nicht vergewaltigen. Wenn die Kommunisten weiter in dieser Weise für die proletarische Einheitsfront eintreten, wird es Zeit, daß unsere Partei sich durch geeignete Maßnahmen dagegen schützt, daß ihre Versammlungen zu Stätten des Tumultes entwürdigt werden.

Dämon Unwissenheit.

Die Unwissenheit ist ein Dämon, wir fürchten, sie wird noch manche Trauerspiele aufführen; mit Recht haben die größten griechischen Dichter sie in den furchtbaren Dramen der Königshäuser von Mykenä und Theben als das tragische Geschick dargestellt. Karl Marx.

Tages-Neuigkeiten.

Noch eine halbe Taugny! Juchhu!

Rekruten und Mäufche, Affentierungen und Alkoholgezeffe — eins ohne das andere war einmal fast denkbar. Als ob es mit dazu gehörte, verband man mit der Vorstellung der frühfährlichen Affentierungsarbeiten, auch die von bänder- und blumengeschmückten jungen Männern, die, eine Soldatenmütze auf dem Kopfe, johlend und schreiend durch die Straßen torkelten, vollgelesen mit Alkohol als der ihnen geeignet scheinenden Grundlage für die Aufgaben des künftigen Vaterlandsverteidigers.

Traurige Bilder waren das für den, der ungeschützt der lärmenden, vierbeinigen Rekruten an das Los dachte, das ihrer zunächst harrte, an den Trill in den Kasernen, an ihre Erziehung zu slavischen Gehörnen, zu willenlosen Knackchen. Und darüber hinaus zeigte sich dem Auge der erdarungungslose, unmenschenliche, menschenmordende kapitalistische Krieg, zu dessen Opfern eben die auserwählt waren, die, tauglich befunden, jauchzten und schrien.

Und das grausame, grausamste Schicksal kam. Hunderttausende von Jenen, die auch einmal vor Freude über ihre „Tauglichkeit“ sich mit festlichen Zeichen behangen und am Alkohol gütlich getan hatten, sind liegen geblieben auf dem „Felde der Ehre“. Ungezählte, die stolz waren, daß ihre geraden Glieder sie zum Soldaten befähigten, sind zu unglücklichen Krüppeln geworden, deren Habild des Blin erstarrt war. Die Geschichte des Weltkrieges hat als juchhabende Bekehrmeisterin allen, die nur denken wollen, ge-

Einigung im Ostrauer Revier.

Bei Zustimmung der Reichskonferenz kein Gesamtstreik. — Entlohnung der zwei Ueberstunden am Samstag.

Prag, 22. März. Das Tsch. B. B. meldet: Die Verhandlungen über den Abschluß eines neuen Kollektivvertrages für den Steinkohlen-grubenbetrieb im Ostrau-Karwiner Revier wurden heute um 2 Uhr früh im Ministerium für öffentliche Arbeiten beendet.

Der zwischen den Unternehmern und der Arbeiterschaft entstandene Konflikt betraf hauptsächlich die Angelegenheit der Samstagarbeit. Zur Zeit des Plebiszits wurde im Ostrauer Gebiete via facta die durch das Gesetz vom 19. Dezember 1918 festgesetzte Maximalarbeitszeit in der Woche von 48 auf 46 Stunden dadurch verkürzt, daß an Samstagen sowohl auf den Gruben als auch oberwärts sechs Stunden gearbeitet wurde. Diese Verkürzung der Arbeitszeit bereitete in der Zeit der hohen Konjunktur Schwierigkeiten, später aber, und zwar bereits länger als ein Jahr, wurde die Samstagarbeit infolge des mangelnden Absatzes auf den Gruben überhaupt aufgelassen. Bei den letzten Verhandlungen über den Arbeitsvertrag im zweiten Halbjahre 1922 wurde die Schicht für Oberlagrarbeiter, also hauptsächlich in den Koksereien, mit acht Stunden festgesetzt; bezüglich der untertags beschäftigten Arbeiter wurde vereinbart, daß, sobald in der Woche fünf Schichten arbeiten werden, Verhandlungen bezüglich einer geeigneten Regelung der Samstagarbeit für die Grubenarbeiter erfolgen werden. Dieser Zustand trat im Jänner 1923 ein, doch die diesbezüglich eingeleiteten Verhandlungen führten selbst nach Ablauf des Vertrages, welcher gekündigt wurde, zu keinem Ergebnis. In der ersten Woche des März hatten sich schließlich die Standpunkte der beiden Parteien sehr genähert, doch kam es infolge verschiedener Umstände zu keiner Endvereinbarung, und am 12. März d. J. wurde im Ostrauer Revier in den Gruben der Streik proklamiert. Das Ministerium für öffentliche Arbeiten leitete am 16. März die Verhandlungen ein, welche unter dem Vorsteh des Sektionschefs Ing. und Ill. Dr. Fischer und unter stetiger aktiver Teilnahme des Ministers Erba am 17., 19., 21. und 22. ds. bis in die Frühstunden geführt wurden und am letztgenannten Tage um 2 Uhr früh zum Abschlusse gelangt sind.

Das erste Ergebnis dieses Einschreitens des Ministeriums für öffentliche Arbeiten war, daß

zeigt, daß diejenigen, die der Militarismus in die Hände nimmt, zu allem eher Anlaß haben als zur Freude.

Das alte Oesterreich ist in die Grube gefahren, ohne sein System mit sich hinauszunehmen. Man hat dem alten Körper nur einen neuen Mantel zurechtgeschneitten.

Wie aber, ist in den Menschen nicht eine Wandlung vor sich gegangen? Hat ihnen das entsehlliche Geschehen seit dem August des Jahres 1914 nicht die Augen geöffnet? Manchem „richt“ vielen. Aber leider nicht allen. Und die Feder sträubt sich, es niederschreiben, daß wir auch jetzt wieder Zeugen von Szenen sein müssen, von denen wir glauben, daß sie nicht mehr möglich seien: es gibt auch heute noch Rekruten, die vollstrunken, abgezeichnet und johlend durch die Straßen ziehen. Und die wir leiblich — es war in Troppau — haben, waren nicht etwa Tschechen, sondern es waren Deutsche, die mit lärmendem Stolz ihr „Tauglich“ im Knopfloch trugen und ihre feierliche Stimmung durch reichlichen Alkoholgenuss erhöht hatten.

Daß wir allen Jenen — sie mögen Tschechen oder Deutsche sein — die sich über ihre Rekruten-schaft so unbändig freuen, nicht alles sagen, was wir am Herzen haben, verdanken sie dem Jenseit. Daß aber derartiges möglich ist, daß die Abstempelung zum Soldaten heute noch junge Männer in solcher Geistesverfassung antrifft, muß uns allen ein Ansporn sein, die Idee unseres Kampfes und Zieltes noch weit tiefer in die Maffen des Volkes zu tragen. Das Blutbad allein hat keine volle Wirkung ausgeübt. Also führet den Jungen, die es nicht bei reinem Bewußtsein erleben, immer wieder die entsehllichen Bilder vor Augen und hämmert ihnen die Gedanken des Sozialismus ins Gehirn.

Die Verluste der Länder der Tschechoslowakei im Weltkrieg. Nach einer sechsen ersehenen Statistik verloren im Weltkriege Böhmen 189.000, Mähren 80.000, Schlesien 19.000 und die Slowakei 40.000 Menschen.

Die „Deutsche Kindermothilfe“. Das Zentralkomitee für deutsche Kindermothilfe in Reichenberg teilt uns mit: Die vom Ministerium zur Einreise bewilligten 4500 Kinder haben die Einreisebewilligung erhalten; die diesbezüglichen Weisungen sind bereits an die einzelnen Konsulate im Deutschen Reich ergangen. Eine große Anzahl von Bezirken ist bei dieser Aufstellung leer ausgegangen, zum Teil wegen verspäteter Anmeldungen, zum Teil, weil die Anmeldung nicht wie verlaublich von einem eigenen Bezirkskomitee, sondern durch Privatpersonen und Vereine erfolgte, vor allem aber, weil die Anzahl der bewilligten 4500 Kinder im Verhältnis zu den vielen tausend Anmeldungen von Eltern, die nockleidende Kinder aus dem Deutschen Reich zu erhalten verlangen, verschwindend gering ist. Der Vorstand des Zentralkomitees in Reichenberg sprach Donnerstag im Ministerium für soziale Fürsorge vor und hatte Gelegenheit,

der allgemeine Bergarbeiterstreik, welcher bei der Einhaltung der für die Beendigung des Konfliktes festgesetzten Termine erfolgen sollte, verschoben wurde, wodurch große Schäden, welche sich aus einem derartigen Schritte ergeben hätten, verhütet wurden. Die Vereinbarungen, welche noch von der Reichskonferenz der koalieren Bergarbeiterverbände am Samstag, den 24. März, und der Revierkonferenz der Bergarbeitervertreter des Ostrau-Karwiner Revieres am 25. März 1923 genehmigt werden müssen, regeln vor allem die Frage der Samstagarbeiten für die untertags beschäftigten Arbeiter. Die Arbeiter willigen ein, über Aufforderung der Unternehmer an Samstagen zwei Stunden Ueberzeit, das ist acht Stunden, zu arbeiten, wenn an allen übrigen Arbeitstagen der Woche gearbeitet werden wird. Für diese Ueberzeitarbeit wurden die gebührenden Entlohnungen vereinbart. Dieser Teil des Vertrages wird bis zum 30. Juni 1924 vereinbart und kann nach diesem Termin vierwöchentlich gekündigt werden. Die Vertreter der Arbeiterschaft informierten den den Ministerpräsidenten vertretenden Minister des Innern auch bezüglich ihrer Wünsche betreffend die gesetzliche Regelung der Arbeitszeit im Bergbau.

Ein weiterer strittiger Punkt, betreffend die Leistung und den hiemit verbundenen Grundlohn, wurde durch die Festsetzung einer Leistung, welche in Uebererfüllung mit der in den letzten drei Monaten erzielten Leistung steht, und die Honorierung eines höheren Ergebnisses der Arbeit gelöst. Gleichzeitig wurden die Modalitäten der betreffenden Kontrolle geregelt. Die Geltung des Vertrages wurde bis Ende Juni 1923 festgesetzt. Die Kündigung ist vierwöchentlich und kann erst Ende Juni 1923 erfolgen.

Die übrigen Bestimmungen des bisherigen Vertrages, bis auf jene betreffend die Entlohnungen für die Ueberzeitarbeit an Samstagen, wurden erneuert. Der neue Vertrag gilt vom 11. März 1923. Wegen des Streikes wird niemand bestraft noch auch verlost werden. Die Arbeit soll spätestens bis Dienstag, den 27. März 1923 angetreten werden. (Vom Ministerium für öffentliche Arbeiten.)

die geschilderte Sachlage dem Sektionschef Dr. Tuma ausführlich vorzutragen. Die notwendigen Schritte zur Weiterführung der Aktion sind eingeleitet. Die Kreise, die noch Gastmüder bei sich aufnehmen wollen, werden nochmals aufgefordert, wo dies noch nicht geschehen ist, örtliche Komitees zu bilden. Diese Komitees haben sich zu Bezirkskomitees nach Gerichtsbezirkssprengeln zu vereinigen. Ansuchen um Einreisebewilligung von Gastkindern sind von nun an ausschließlich von den Bezirkskomitees zu stellen. Die Ansuchen haben Zahl der Kinder, Ort der Unterbringung nach Gemeinden und die reichsdeutsche Stadt zu enthalten, aus welcher die Kinder stammen und sind an das Fürsorgeministerium in Prag zu richten und an das Zentralkomitee in Reichenberg einzusenden, das mit der Bearbeitung und Vorkerbung der Ansuchen betraut ist.

Billigung des Rabinatentates. Die Deffentlichkeit wird sich noch erinnern, mit welcher Aufmerksamkeit und gehässigen Bemerkungen das Leitblatt der tschechischen Kapitalisten, die chauvinistische „Narodni Demokracie“, seinerzeit die Nachricht brachte, daß einige Lehrer verhaftet wurden, die das Attentat gegen Dr. Rabin gebilligt hätten. Die „Narodni Demokracie“ wußte sich damals nicht genug zu tun an Verdächtigungen und Angriffen gegen diese Lehrer, die, weil sie jedenfalls freibleiblich und nicht chauvinistisch gesinnt sind, den Unwillen der nationaldemokratischen „Bolsbegluder“ seit langem erregten. Gestern fand nun vor einem Strafengericht beim Prager Landesgericht die Verhandlung gegen einen dieser Ueberzeugten statt und brachte für die „Narodni Demokracie“ eine ungeheure Blamage. Der angeklagte Lehrer Jaroslav Zdimal aus Kráup, der am 5. Jänner bei einem Gespräch über das Attentat gesagt haben soll: „Na, es ist so nicht schade um ihn!“, wurde nämlich freigesprochen, weil das Gericht der Ansicht war, daß Zdimal, der wegen seiner auflärenden Tätigkeit im ganzen Gebiete von Kráup bekannt ist, den Ausspruch, falls er ihn wirklich getan hat, was nicht ganz erwiesen ist, sicherlich nicht in einem das Attentat billigenden Sinne machte. Die „Narodni Demokracie“ wird sich sicherlich über diese Gerichtsverhandlung auszuweihen. — Gestern wurde vor Gericht noch ein weiterer Fall behandelt, der eine Billigung des Attentats gegen Dr. Rabin zum Inhalt der Anklage hat. Am 6. Jänner hat der 37-jährige Offizier der Staatsbahn Franz Ullmann, der auf dem Bahnhof in Reichenberg die Stelle eines Kassiers verfiel, zu einem Kollegen die Aeußerung getan: „Das hat er ganz richtig gemacht. Denn durch Dr. Rabin sind die Staatsbeamten in ihren Bezügen verkürzt worden.“ Für diese Worte erhielt Ullmann heute sechs Wochen Kerker.

Der Bürokratismus stirbt auch in diesem Staate nimmer aus. Ganz so wie ehemals wird bei unseren Beamten nach alten Vorschriften vorgegangen, wenn auch dadurch manche Menschen Schaden erleiden. So wurde dieser Tage ein Prager Genosse für 10 Uhr vormittags schriftlich

zu einem magistratischen Bezirksamt gerufen. Als der Genosse, der doch vormittags seinem Bureau nachgehen muß, schon um 8 Uhr früh — um möglichst wenig Zeit und Verdienst zu versäumen — beim magistratischen Bezirksamt erschien, wurde ihm bedeutet, daß seine Vorladung für die zehnte Vormittagsstunde angeht sei und daß er daher erst um 10 Uhr zu erscheinen habe. Und als der Genosse nach zwei nutzlos verbrachten Stunden wiederum beim Amte erschien, ermahnte man sich bei ihm, ob er einen Bruder mit dem und dem Vornamen habe. Der Genosse beiachte und — konnte gehen. Dem Genossen kam es sehr verwunderlich vor, warum er wegen einer solchen Kleinigkeit schriftlich vorgeladen wurde und weshalb er zwei Stunden Arbeitszeit versäumen sollte, und er fragte daher den Beamten, ob diese Angelegenheit nicht auf schriftlichem Wege hätte erledigt werden können, da ihm ja niemand den entgangenen Lohn ersetzen werde. Der Beamte gab auf diese berechtigten Einwände des Genossen die lakonische Antwort: „Wir haben unsere Vorschriften.“

Ein tschechoslowakisches wissenschaftliches Antituberkulosekongress. Zu Pfingsten des heurigen Jahres wird, wie die „Prager Presse“ berichtet, in Prag der erste tschechoslowakisches wissenschaftliche Antituberkulosekongress stattfinden. Der Kongress wird wissenschaftlich alle die Tuberkulose berührenden Fragen mit besonderer Rücksichtnahme auf die Besonderheiten und Notwendigkeiten der tschechoslowakischen Republik behandeln und soll die Bevölkerung mit den Heilmitteln und Einrichtungen gegen die Tuberkulose bekannt machen. Als Mitglieder des Kongresses können sich alle Aerzte und Tierärzte, sowie alle Nichtärzte, welche an den zu behandelnden Fragen ein Interesse haben, anmelden. Jedes Kongressmitglied hat das Recht, wissenschaftliche Arbeiten vorzulegen oder vorzutragen und sich an den Verhandlungen, Abstimmungen und Exkursionen zu beteiligen. Einen wertvollen und belehrenden Teil der Ausstellung über Tuberkulose, welche im Rahmen des Kongresses veranstaltet wird, wird das statistische Material über die Sterblichkeit an Tuberkulose in der tschechoslowakischen Republik in den Jahren 1910—22 bilden. Das Ministerium für nationale Verteidigung und das Eisenbahnministerium werden außer statistischen Diagrammen und Tabellen, Wände, Photographien und Modelle von Mütterkellern, Ambulatorien ausstellen.

Deffentliche Parteiverfammlungen. In der 1. Abg. Deffentliche Parteiverfammlungen, fanden Sonntag in Trautenu, Montag im Arbeiterheim in Freudenthal, Dienstag im Volkshaussaal in Wagstadt und Mittwoch im Arbeiterheim in Wigtadt statt. Alle diese Versammlungen hatten einen ausgezeichneten Verlauf und nahmen einen schönen Verlauf, der Beweis, wie fest verwurzelt unsere Bewegung in Tschechien und in Schlesien ist.

Einstein gegen den Völkerverbund. Professor Einstein, der sich auf der Rückreise von Japan nach Berlin für kurze Zeit in Zürich aufhält, hat, wie die „Neue Zürcher Zeitung“ mitteilt, erklärt, er habe von hier in einem Brief an das Völkerverbundsekretariat seinen Austritt aus der Kommission für intellektuelle Zusammenarbeit angemeldet. Er stellt in diesem Schreiben fest, daß er in der letzten Zeit zur festen Ueberzeugung gekommen sei, daß der Völkerverbund weder die Kraft noch den guten Willen zur Erfüllung seiner Aufgabe habe. Als ernsthafter Pazifist halte er es deshalb für nicht richtig, mit dem Völkerverbund irgendwie verbunden zu sein und bitte deshalb, seinen Namen aus der Liste der Mitglieder zu streichen.

Hungerstreik eines kommunistischen Abgeordneten. Der in Paris verhaftete kommunistische Reichstagsabgeordnete H. S. Lein hat nach einer Meldung der „Bösischen Zeitung“ vor dem Untersuchungsrichter das gegen protestiert, daß er nicht als politischer, sondern als gemeiner Verbrecher behandelt werde. Er erklärte, daß er von heute ab den Hungerstreik beginnen werde, wenn er nicht in die politische Abteilung des Gefängnisses überführt werde.

Unerklaubte radiotelegraphische Stationen. Vom Postministerium wird verlaublich: Das Telegraphengesetz, das kürzlich in der Nationalversammlung verhandelt wurde, enthält im § 18 die Bestimmung, nach der diejenigen, die ohne Bewilligung des Postministeriums eine Radiostation errichten oder in Betrieb haben, mit Kerkerstrafen von sechs Monaten bis zu einem Jahr bestraft werden können. Da nun dieses Gesetz voranschreitlich in kürzester Zeit in Wirklichkeit treten wird, macht das Postministerium alle diejenigen, die bisher aus Unkenntnis der geltenden Vorschriften ohne Konzessionen Radiostationen errichtet oder betrieben haben, darauf aufmerksam, daß diese Stationen unverzüglich dem nächsten Postamte zu übergeben sind, widrigenfalls deren Besitzer nach der Inkraftsetzung des Telegraphengesetzes einem Strafverfahren nicht entgehen würden. Das Postministerium empfiehlt, bei der Übergabe der Stationen dem Postministerium davon Mitteilung zu machen und gleichzeitig anzuführen, zu welchem Zwecke die Radiostationen verwendet wurden. Diese Meldung an das Postministerium kann gleichzeitig ein Ersuchen um die Konzession enthalten, aber dieses Ersuchen gibt dem Besitzer der Station nicht das Recht, diese weiter in seinem Besitze und Betriebe zu behalten. In Groß-Prag haben die Besitzer der nichtkonzessionierten Radiostationen diese im Bauamt der Telegraphendirektion in der 2. Sternrichgasse, abzugeben. Auch in den anderen Orten der Republik, in denen es Bauämter der Telegraphendirektion gibt, sind diese Stationen an diese Bauämter abzugeben. Diese Bestimmungen berühren selbstverständlich nicht konzessionierte, militärische und staatliche Radiostationen.

Schlagrippe in Nordböhmen. Aus Nordböhmen werden Fälle von Schlagrippe berichtet. In Hornow ist ein Fall tödlich verlaufen. Die ansiedelnde Krankheit verbreitet sich rasch in dem Gebiete von Radob, Eipel, Königstuf und Jaromer. Die politische Bezirksverwaltung in Königstuf hat alle Maßregeln veranlassen lassen, die gegen diese Krankheit zu ergreifen sind, da sie, wenn nicht sofort alle Weisungen befolgt werden, tödlich verlaufen kann.

Sonnige Frühlingstage. Während in den Tagen des Frühlingbeginns häufig sehr unruhiges Wetter herrscht, das durch die sogenannten Aquinostürme charakterisiert wird, können wir uns diesmal sehr schöner und beständiger Tage erfreuen, dank denen der Frühlinganfang nicht nur ein kalenderischer Begriff ist. Unter dem Einfluss hohen Luftdrucks, der mit seinem Kern zwar noch in Nordeuropa liegt, dessen Wirkungsbereich sich aber mehr und mehr auf das mitteleuropäische Festland erstreckt, haben die Niederschläge im ganzen Lande aufgehört; das Nebelgewölke, das in einem Teile des Landes noch bis vor kurzem die Erwärmung verhinderte, ist einem wolkenlosen Himmel gewichen, und bei trockenen Landwinden aus östlichen Richtungen sind während der letzten Tage die Temperaturen beträchtlich gestiegen. Dienstag wurden in einem großen Teil des westlichen und mittleren Binnenlandes 15 Grad Wärme erreicht, was ungleich insolge der nachts recht starken Ausstrahlungen die nächtlichen Temperaturen noch niedrig sind, so kann doch nun von Tag zu Tag mit einem langsamen, weiteren Anstieg des Quecksilbers gerechnet werden, denn das erfreulichste an der gegenwärtigen Wetterlage ist, daß sie sehr beständig zu sein scheint und vermutlich noch längere Zeit anhalten wird, obwohl von Südwesteuropa der wiederholte Luftdruck vordringt. Angesichts der bisherigen Stabilität des Hochdrucks dürfte diese Druck-

abnahme im Südwesten sich zunächst nur durch weitere Erwärmung in der Richtung von Westen nach Osten bemerkbar machen.

Einbrüche bei Konsumvereinsfilialen. In der letzten Zeit wurden in verschiedenen Konsumvereinsfilialen in Nordwestböhmen Einbrüche verübt. So wurde in die Konsumfiliale in Altsattl und in die Verkaufsstelle in Neurohle von Unbekannten eingeschoben, wobei die Täter durchwegs nur Schmutzware mitnahmen. Man vermutet, daß die Einbrüche von ein und derselben Bande ausgeführt wurden. Die Abteilung für Versicherung hat für die Eruiierung der Täter eine Prämie von 1000 K ausgesetzt.

Unfälle. In Rudolfsthal bei Johannisbad wurde dieser Tage ein banfälliges Restaurationsgebäude abgetragen, wobei sich ein tödlicher Unfall ereignete. Als man die letzte Mauer des Gebäudes niederlegen wollte, stürzte diese plötzlich zusammen und überschüttete den Maurer Balthasar Müller aus Postendorf. Müller wurde von den Fiegeln- und Schottermassen erdrückt. In Schwarzenberg wollte der Hausbesitzer Josef Tamn einen Holzfuhrmann einen schweren Klotz anladen helfen, wobei der Stamm anrutschte und Tamn den Oberschenkel zerquetschte.

Schwere Verletzungen durch Starkstrom. In Franzental bei Benzen kam der 16jährige Gewerbeschüler Alfred Segenbart, der ohne irgendwelche Veranlassung einen Rast der Starkstromüberleitung erkletterte, mit der Leitung in Berührung und stürzte acht Meter tief ab. Segenbart erlitt schwere Brandwunden am rechten Arme und anderen Körperteilen und mußte sofort ins Tschscheuer Krankenhaus überführt werden.

Billige Mittagessen. Der Besitzer des Restaurants „Goldenes Kreuz“ in Prag, Kelazanka, bemerkte seit einer Woche, daß mehr Mittagessen ausgegeben als bezahlt wurden. Er ging der Sache nach

und erwischte den Kellnergehilfen Rudolf Sch. dabei, wie er falsche Abonnementsscheine für Mittagessen ausgab. Der Kellnergehilfe, der verhaftet wurde, gestand, daß er sich 150 Speisemarken anfertigen ließ und diese verkauft habe.

### Bereinsnachrichten.

**Arbeiterverein „Kinderfreunde“ für die Tschechoslowakische Republik.**

Der Vorstand hat in seiner Sitzung am 24. Feber 1923 beschlossen, für Sonntag, den 24. Juni 1923, vormittags 10 Uhr, nach Prag die

### Hauptversammlung

einuberufen.

Als Tagesordnung wird vorgeschlagen:

1. Bericht der Funktionäre,
2. Die Aufgaben der „Kinderfreunde“,
3. Neue Wahl des Vorstandes und Ueberwachungsausschusses.

Nach § 9 des Statutes hat jeder Gau grundsätzlich das Recht, einen Vertreter zu entsenden; im übrigen aber für je 300 dem Gau angeschlossene Mitglieder einen Delegierten, wobei Bruchteile unter 150 nicht mitzählen. Im übrigen nehmen an der Reichsversammlung der Vorstand und der Ueberwachungsausschuss teil.

Die Reichsversammlung muß drei Monate vor ihrer Abhaltung ausgeschrieben werden. Alle Anträge der Ortsgruppen, Zahlstellen oder Gauleitungen zur Reichsversammlung sind vier Wochen vorher schriftlich dem Vorstand bekanntzugeben. Die Anmeldung der gewählten Delegierten, sowie die Zusendung der Anträge hat an den Obmann des Vereines

Genossen Josef Hofbauer, Teplitz-Schönan, Theresien-gasse 18, zu erfolgen.

Die Gauleitungen haben für die rechtzeitige Wahl der Delegierten zur Hauptversammlung Sorge zu tragen und die Gewählten dem Vorstande ehestens bekanntzugeben.

Für den Vorstand des Arbeitervereines „Kinderfreunde“ in der Tschechoslowakischen Republik  
Josef Hofbauer, Obmann.

### Kunst und Wissen.

Neueinstudierung „Ernani“, Gastspiel Richard Aukla. Heute, Freitag, Verdis große Oper „Ernani“, neu studiert; Sonntag abends erste Wiederholung.

Neues Theater. Morgen, Samstag „Apoche“; Sonntag nachmittags halb 3 Uhr „Die Bajadere“.

Kleine Bühne. Heute, Freitag, halb 8 Uhr, Einakter „Sommerabend“ (Graf Festenberg — Ernst des Lebens — Auferstehung); morgen, Samstag „Die Erwachsenen“; Sonntag nachmittags halb 3 Uhr „Ingeborg“, abends „Konzert“ von Hermann Bahr.

„Theurhaus“, Gilberts neuer Operetten-schwank, gelangt Ostra zur Prager Erstaufführung.

### Mitteilungen aus dem Publikum.

„Tolle Weiber“ (Folish Wives). 1490

Herausgeber: Dr. Ludwig Ezech und Karl Cermak

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß

Druck: Deutsche Zeitungs-Verlags-Gesellschaft, Prag.

Für den Druck verantwortlich: O. Holik.

**Für jede Küche!!**

**OETKERS REZEPTBUCH T** mit über 50 ausprobierten Vorschriften für einfache und feine Mehlspeisen u. Bäckereien stehen allen Hausfrauen, Köchinnen, Haushalt- u. Kochschulen umsonst und portofrei zur Verfügung. Man schreibe eine Postkarte an

**Dr. OETKER'S Backpulver-Werke 136 Bräun**

neben unserem vielbewährten Oetker Backpulver „Backin“ und Oetker Vanillinzucker sind wieder zu haben.

**Oetkers Pudding-Pulver Oetkers Regina-Speisegelatine Oetkers Käusnatron**

Zusatz m. Vanille, Mandel- u. Schokoladengeschmack weiß und rot

Wo nicht erhältlich, bestelle man direkt bei der Fabrik. 1901

### Wahlsamkeit und Sozialpolitik.

#### Betriebsauswahlwahlen.

Chemische Fabrik in Aussig. — Schichtwerke.

Aus Aussig wird uns mitgeteilt: Mittwoch fanden in der großen chemischen Fabrik in Aussig die Wahlen in den Betriebsauswahlgremien statt. Die Liste der freien Gewerkschaften erhielt 707 Stimmen, sodas auf sie sieben Mandate und sieben Ersatzmandate entfielen, der kommunistische allgewerkschaftliche Verband erzielte 404 Stimmen, das bedeutet vier Mandate und vier Ersatzmandate, die Nationalsozialisten erhalten mit 179 Stimmen drei Mandate und drei Ersatzmandate. Das Ergebnis der Wahl zeigt in betrübender Weise die Zerrissenheit der Arbeiterschaft. Bei den letzten Wahlen war nur eine einzige Liste aufgestellt worden, sodas damals jeder Wähler überflüssig war. — In den Schichtwerken ergaben sich bei einer Gesamtzahl von 1275 gültigen Stimmen (abgegeben wurden 1296) 1147 für die freien Gewerkschaften. Diese erhalten somit elf Mandate, während die Nationalsozialisten mit 128 Stimmen nur ein Mandat erzielten und so ihre Bedeutungslosigkeit dokumentieren, was deshalb besonders interessant ist, weil die Schichtwerke seit je als eine Hochburg der Gelben galten. Bei den letzten Wahlen hatten sie noch 191 Stimmen erhalten. Die Kommunisten, die im internationalen Verband chemischer Arbeiter mit organisiert sind, stellten keine eigene Liste auf, da sie eine Vertretung innerhalb der Gruppe der freien Gewerkschaften erhalten.

talsten Interessen ihrer Angestellten und Einleger, sondern auch die des Staates betroffen.“ Deshalb wird das Präsidium des Wirtschaftsbeirates aufgefordert, dem Wirtschaftsbeirat oder dessen Finanzausschuss über die Verhältnisse in der „Bohemia“-Bank, über die Ursachen ihres Zusammenbruchs zu berichten, das Ergebnis der Revision mitzuteilen und den Entwurf des Gesetzes zum Schutze der Einleger vorzulegen.

**Die Deckung der österreichischen Banknoten.** Wie aus einer amtlichen österreichischen Mitteilung hervorgeht, beträgt der Barfuß der Oesterreichischen Nationalbank nach dem letzten Ausweise 1305 Milliarden österreichischer Kronen. Wenn in Erwägung gezogen wird, daß der Banknoten-Umlauf 4196 Milliarden Kronen beträgt, so sind jetzt die Noten mit über 31 Prozent gedeckt. Dieses Deckungsverhältnis ist äußerst günstig, denn das Bankstatut verlangt in den ersten Jahren nur ein 20prozentige Deckung, später eine 24prozentige und 28prozentige und erst nach 15 Jahren eine vollkommene Dritteldeckung. Mitin sind schon jetzt die österreichischen Banknoten fast wie im Frieden gedeckt, wo ebenfalls nur die Dritteldeckung vorgeschrieben war.

**Die Verschlechterung des Beschäftigungsgrades der deutschen Industrie** geht mit aller Klarheit aus den Erhebungen des Reichsarbeitsblattes hervor, die sich dieses Mal über 1500 Betriebe mit 1,2 Mill. Beschäftigten erstreckten. Von den Beschäftigten waren 27 v. H. gegen 32 v. H. im Vormonat in gubeschäftigten Betrieben tätig. Die Zahl der Arbeiter, die in Betrieben mit befriedigendem Beschäftigungsgrad arbeiteten, war wie im Vormonat 42 v. H.; dagegen ist die Zahl der in schlechtbeschäftigten Betrieben tätigen Arbeiter von 26 v. H. auf 31 v. H. gestiegen. So war der Stand am 15. Feber. Die Aussichten für die nächsten 14 Tage wurden gleichfalls als etwas schlechter angesehen. Die Abwärtstendenzen der Industrie machen sich also bereits sehr stark in einem Nachlassen des auf die Befehung des Ruhrgebietes als auf Beschäftigungsgrades bemerkbar. Sie sind weniger auf die Befehung des Ruhrgebietes, als auf die Stabilisierung der Markt zurückzuführen, die naturgemäß erhebliche Störungen am Warenmarkt auslösen mußte. Es würde aber falsch, wollte man annehmen, daß ohne die Stabilisierung der Markt die Entwicklung anders verlaufen wäre. Im Gegensatz zu früheren Konjunkturperioden hat sich nämlich im zweiten Halbjahr vorigen Jahres bereits klar gezeigt, daß die Verschlechterung des Marktverhältnisses und die damit verbundene Besserung der Exportaussichten keineswegs mehr dem Arbeitsmarkt eine Stütze bietet, sondern daß bereits damals der Andrang zu den Arbeitsnachweiser ebenso wie die Zahl der Erwerbslosen allmählich zunahm — eine Folge der geschwächten Kaufkraft der Bevölkerung, die jetzt nur verschärft in Erscheinung tritt.

**Zunahme der Arbeitslosigkeit auch in Rußland.** Nach Ermittlungen des sowjetrussischen Arbeitskommissariates betrug die Zahl der registrierten Arbeitslosen in 83 Gouvernements des Sowjetbundesstaates zum 1. Dezember vorigen Jahres 539.000, von denen 24 Proz. auf Moskau und Petersburg entfielen. Im Laufe des Jahres 1922 ist die Zahl der Arbeitslosen andauernd gestiegen, und zwar um 293 Prozent für Männer und 316 Prozent für Frauen. Im Dezember und Jänner ist, wie mehrsch des Jahres 1922, eine Revision der Arbeitslosenlisten vorgenommen worden, wobei durchschnittlich 30 Prozent der Eingetragenen gestrichen wurden. Die Steigerung der Arbeitslosigkeit dauerte auch in den ersten Monaten dieses Jahres an.

### Devientur.

Die tschechische Krone notiert in:

Zürich	Schw. Frank	16.15'00
Berlin	Mark	621'03
Wien	öterr. Kr.	2127'00

### Prager Kurse.

	Gold	Ware
100 holl. Gulden	1345'00	1359'00
10.000 Mark	16.62'50	17.62'50
100 belg. Franks	207'25	208'75
100 schweiz. Frant	633'75	636'25
1 Pfund Sterling	160.62'50	162.12'50
100 Lire	109'25	170'75
1 Dollar	34.20'00	34.60'00
100 iranz. Franks	236'75	238'25
100 Dinar	36.25'00	36.75'00
10.000 poln. Kronen	68'00	73.00'00
10.000 magar. Mark	8.45'00	9.45'00
10.000 öterr. Kronen	4.62'50	5.12'50

### Züricher Schlußkurse.

	Gold	Ware
Paris	36.80'00	37.10'00
London	25.43'00	25.45'00
Berlin	0.02.60'00	0.02.68'00
Mailand	26.80'00	26.85'00
Holland	213'70	214'00
Wien	0.00.74'50	0.00.76'00
Budapest	0.08'00	0.12'00
Prag	16.05'00	16.15'00
New York	5.42'00	5.43'00
Belgrad	5.50'00	5.60'00
Warschau	0.0.1.25'00	0.0.1.50'00
Wien gest.	0.00'00	0.00'00

## Bio-Programm

vom 23. bis 30. März.

**Lido-Bio** „Maciste und die Javanerin.“  
In der Hauptrolle ATHLETH MACISTE  
BORNEO. Naturaufn. in 4 Akt Jugendl. zugänglich!

**BIO SANSSOUCI Breitbart**  
Premiere der Eisenkönig. Sensationeller Zeitfilm.  
1600 Wagen ungeheuren Erfolges prolongiert!  
Max Linerer Musketiere Jugendlichen zugänglich.

## Wo vertehren wir?

**Café Continental**, Prag-Graben

**Goldenes Kreuzel**, Prag-Metazanta.

**Gastwirtschaft Deutsches Vereinshaus**  
Prag, Smelch 22 (Urania). 1000

**Gastwirtschaft „Lidový dům“**  
der Genossenschaft „Ganymed“  
Tägliche Konzert **PRAG II.**, Hybernská Nr. 7.

**Café „Nizza“**  
Kgl. Weinbergo, Jungmannstraße 27.  
Unser Stammlokal.

Teplitz-Schönan.  
**CAFÉ EUROPE** Bahnhofstraße.